Deutscher Bundestag **Drucksache 16/1884**

16. Wahlperiode 20. 06. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, Irmingard Schewe-Gerigk, Josef Philip Winkler, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/750, 16/1324, 16/1325, 16/1326, 16/1348 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Falsche Weichenstellung im Bundeshaushalt 2006

1. Der Beschluss des Haushaltsausschusses zum Bundeshaushalt 2006 weist eine Nettokreditaufnahme von 38,2 Mrd. Euro aus (+7 Mrd. Euro gegenüber dem Ist-Ergebnis von 2005), Ausgabensteigerungen gegenüber dem Vorjahr von 1,8 Mrd. Euro und eine Absenkung der Investitionsquote auf 8,9 Prozent (–0,2 Prozentpunkte gegenüber 2005). Die Große Koalition hat die Beratungen zum Bundeshaushalt 2006 nicht genutzt, um die positive wirtschaftliche Entwicklung mit steigenden Steuereinnahmen (+3,7 Mrd. Euro gegenüber den Planungen 2005) für eine haushaltspolitische Konsolidierungspolitik zu nutzen. Deshalb engt der vorliegende Beschluss zum Haushalt 2006 den Gestaltungsspielraum zukünftiger Generationen erheblich ein.

2. Die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD hat die haushaltspolitischen Risiken in diesem Bundeshaushalt nicht entschärft, sondern in die Zukunft verlagert. Die drei Prozentpunkte Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes und des Regelsatzes der Versicherungssteuer im kommenden Haushaltsjahr fließen komplett in die Haushaltslöcher, da die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung durch beschlossene Beitragssatzsteigerungen und erhebliche Beitragssatzrisiken in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung aufgezehrt wird. Anstatt eines aufwendigen Nullsummenspiels bei den Lohnnebenkosten ist im Gegenteil gerade ein eindeutiges Signal für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme – insbesondere der versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung – geboten. So können Lohnnebenkosten real gesenkt werden und somit Impulse für mehr Arbeitsplätze entstehen. Die fehlende Konsolidierung im Haushalt 2006, die massive Ausweitung der

Nettokreditaufnahme, die Mehrwertsteuererhöhung im kommenden Jahr und das zu erwartende Nullsummenspiel bei den Sozialversicherungsbeiträgen bremsen die wirtschaftliche Belebung in Deutschland.

3. Die regierungstragenden Fraktionen haben am Regierungsentwurf ideen- und kraftlos lediglich marginale Veränderungen vorgenommen. Einzig nennenswert und dann auch noch politisch falsch ist die zweifelhafte Transaktion bei den Arbeitsmarktausgaben. Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II aus dem Eingliederungsetat für Langzeitarbeitslose zu finanzieren, behindert das „Fördern" und weist arbeitsmarktpolitisch und damit auch haushaltspolitisch genau in die falsche Richtung.

Durch gezielte Anstrengungen, konkrete Konsolidierung und Haushaltsdisziplin lassen sich durch verschiedene Maßnahmen in jedem Ministerium in der Summe große Etatverbesserungen realisieren. Kurzfristig umsetzbar im laufenden Haushaltjahr sind Ausgabenkürzungen in einer Höhe von rund 2,3 Mrd. Euro. Durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen ist darüber hinaus eine kurzfristige Verbesserung des Haushalts 2006 um weitere 2 Mrd. Euro möglich, aufwachsend auf rund 4,5 Mrd. Euro in kommenden Haushaltsjahren. Durch Einsatz der Steuermehreinnahmen nach der Mai-Steuerschätzung in Höhe von 1,5 Mrd. Euro ist es möglich, die Nettokreditaufnahme auf 33 Mrd. Euro zu begrenzen. Damit ist es machbar, einen Haushalt zu beschließen, der die Vorgaben des Maastricht-Vertrags erfüllt.

Ausgaben senken

1. Das Bundesministerium der Verteidigung wird aufgefordert, die Bundeswehr konsequent an den realen Einsatzszenarien auszurichten. Dazu gehört eine Überarbeitung der Beschaffungsvorhaben mit dem Ziel, industriepolitisch motivierte Luxus-Beschaffungsprojekte zu beenden. Rüstungsprojekte wie Pars 3 und die IRIS-T-Integration für Meads sind gänzlich verzichtbar. Bei den Großprojekten Eurofighter, NH 90, Tiger und A 400M sind die Stückzahlen zu reduzieren.

   Die teure und sicherheitspolitisch unsinnige Wehrpflicht muss langfristig ausgesetzt werden und ist schrittweise zu reduzieren. Die vom neuen Verteidigungsminister geplante Abkehr von der in der Bundeswehrreform festgelegten Einberufungspraxis ist zu verwerfen.

2. Die Pläne für den Umzug des Bundesnachrichtendienstes (BND) von Pullach nach Berlin sind einer grundlegenden Neubewertung zu unterziehen. Dabei hat die Funktionalität des BND auf der einen Seite und ein vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis auf der anderen Seite im Mittelpunkt zu stehen. Von den derzeitigen Plänen – ein fauler und teurer Kompromiss – welche den Steuerzahler einen mindestens dreistelligen Millionenbetrag zusätzlich kosten, wird Abstand genommen.

3. Der organisatorische Umbau verschiedener Ministerien durch die neue Regierung sowie die Neubeschäftigung ganzer Stäbe neuer Mitarbeiter bis hin zu einer ganzen Reihe neuer Staatssekretäre verursachen deutlich spürbare Personalkosten. Unter ausdrücklicher Einbeziehung dieses Zuwachses ist die Maßgabe der Stelleneinsparung im vorliegenden Haushaltsgesetz in vollem Umfang einzulösen.

Konsequenter Subventionsabbau

Sowohl Ausgabenkürzung als auch Einnahmeverbesserungen sind notwendig, um das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt abzubauen.

1. Zur Verbesserung der Einnahmenseite können kurzfristig durch Subventionsabbau Mehreinnahmen von rund 1,2 Mrd. Euro realisiert werden. Dazu zäh-

len unter anderem die Reduzierung der Pendlerpauschale auf 15 Cent (Mehreinnahmen von circa 450 Mio. Euro in 2006), die Abschaffung der Steuerbefreiung für Kerosin (200 Mio. Euro im Jahr 2006) und das Abschmelzen der Steuervergünstigungen für das Produzierende Gewerbe bei der Ökosteuer (400 Mio. Euro im Jahr 2006). Mittelfristig sind hier Mehreinnahmen von circa 4,5 Mrd. Euro zu erzielen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur weiteren Umsetzung die notwendigen Gesetzesänderungen einzubringen.

2. Der Bund zahlt zuviel bei der Förderung heimischer Kohle. Nicht tragbar ist, dass seit Jahren der Weltmarktpreis für Kohle steigt, gleichzeitig die Absatzbeihilfen des Staates jedoch in gleicher Höhe aufrechterhalten bleiben. Deshalb wird ein neuer Einnahmetitel für die Rückzahlung von Absatzbeihilfen geschaffen. Auf diesen Titel muss die RAG AG die zuviel erhaltenen Subventionen in Höhe von 822,04 Mio. Euro an den Bund zurückzahlen.

Zukunftsinvestitionen stärken

Der Deutsche Bundestag spricht sich gegen eindimensionale Sparpolitik aus, die keine positiven Impulse zur Lösung zukünftiger Herausforderungen setzt. Mit Blick auf die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte ist zwar eine Konsolidierung auf der Ausgaben- und eine Verbesserung auf der Einnahmenseite geboten, gleichzeitig müssen jedoch auch zukunftsweisende Prioritäten gesetzt werden. Daher sind die nachstehenden Projekte insgesamt gegenfinanziert. Folgende Prioritäten müssen gesetzt und die gesetzlichen Grundlagen für deren Umsetzung geschaffen werden:

1. Kinder- und Familienpolitik: Vorfahrt für den Infrastrukturausbau

   Mit der Umwandlung des Privilegs des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Höchstbetrag in Höhe von 10 000 Euro für Unterhaltspflichten unter Ehe- und Lebenspartnern können Bund, Länder und Kommunen 5 Mrd. Euro Mehreinnahmen generieren. Dieses Geld muss in den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für unter Dreijährige investiert werden.

2. Entwicklungszusammenarbeit: 0,7-Prozent-Ziel einhalten

   Deutschland hat sich verpflichtet, ab dem Jahr 2015 jährlich mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dieses Ziel ressortübergreifend einzuhalten und auch der Krisenprävention und der Förderung interkultureller Beziehung einen hohen Stellenwert einzuräumen.

3. Ökologische Modernisierung: Zug um Zug weg vom Öl

   a) Mit Hilfe der Regionalisierungsmittel unterstützt der Bund die Länder bei der Bereitstellung eines attraktiven Nahverkehrsangebots. So konnte seit der Bahnreform der Nahverkehr um 20 Prozent bei Verkehrsleistung und um 30 Prozent bei der Anzahl der Fahrgäste wachsen. Diese Entwicklung soll fortgesetzt werden. Der weitere Ausbau des umwelt- und klimafreundlichen öffentlichen Verkehrsträgers und die Steigerung der Marktanteile des Schienenpersonennahverkehrs dürfen nicht wie geplant abgebaut, sondern müssen gestärkt werden.

   b) Wer Effizienztechnologie und erneuerbare Energien heute entwickelt, hält den Schlüssel für die Lösung der Energiefrage von morgen in der Hand. Dies ist Kern der Strategie „Weg vom Öl“. Im Bildungs- und Forschungsbereich werden deshalb die Grundlagenforschung für erneuerbare Energien und Energiespeicherung sowie die Erforschung von Energie leitenden und umformenden Materialien mit jeweils 25 Mio. Euro vorangetrieben.

c) In der ländlichen Entwicklung ist eine Förderpolitik erforderlich, die nachhaltige Lebensmittelproduktion, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien, Tourismus, modernes Handwerk und Dienstleistungen statt agroindustrieller Großproduktion stärkt. In diese Richtung müssen die Agrarhaushalte sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene umgeschichtet werden. Die Kürzungen im Bundeshaushalt in Höhe von 50 Mio. Euro bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) gehen in die falsche Richtung. Diese deutliche Schwächung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums ist deshalb zurückzunehmen.

4. Integrationspolitik: Gesellschaftliches Zusammenleben stärken

   Verbesserungen in der Qualität und der Anzahl der Integrationskurse sowie die dringend erforderliche Ausweitung des Teilnehmerkreises sind zentrale Aufgabe zur Förderung und Stärkung der Integration. Die Mittel für die Sprach- und Integrationskurse verbleiben deshalb auf dem Stand des letzten Jahres. Die von der Bundesregierung geplante Kürzung bei den Integrationsmitteln um 32 Prozent wird zurückgenommen.

Berlin, den 20. Juni 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333